

Ludwig Erhard und die politische Gestaltung der Sozialen Marktwirtschaft

Von Otto Schlecht

Die Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag von Ludwig Erhard am 4. Februar haben gezeigt, wie aktuell seine Erkenntnisse und Ideen, wie notwendig der Rückblick auf seine Politik und wie unerlässlich die Rückbesinnung auf die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft gerade angesichts der hohen Arbeitslosigkeit sind.

Anders als dies oft dargestellt wird, beginnt Erhards erfolgreiche Arbeit für die Soziale Marktwirtschaft nicht erst am 20. Juni 1948, dem Tag der Währungsreform. Sein historisches Verdienst war es nämlich, eigene Beiträge aus seiner fast 20jährigen wissenschaftlichen Arbeit mit weiteren Erkenntnissen zur Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft integriert und diese Konzeption in die konkrete Ordnung Westdeutschlands implementiert zu haben.

Dabei ließ Erhard sich von seinen akademischen Lehrern beeinflussen. Ihre Erkenntnisse fanden Eingang in seine Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft. Ich will den Einfluß von Wilhelm Rieger, Franz Oppenheimer und Wilhelm Vershofen und der Freiburger Schule bei der Gestaltung der Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft beleuchten.

Wilhelm Rieger

Erhard nahm 1919 sein Studium an der neugegründeten Handelshochschule in Nürnberg auf. Dort wurde Professor Wilhelm Rieger sein Lehrer. Rieger hob die besondere Bedeutung der Arbeitsteilung hervor: Arbeitsteilung führt einerseits zu Spezialisierung und zur Intensivierung des Handels, erfordert andererseits aber auch soziale Sicherheit für die arbeitenden Menschen.

Ludwig Erhard und Alfred Müller-Armack faßten diese Erkenntnisse in der Formel der Sozialen Marktwirtschaft als Verbindung des »Prinzips der Freiheit auf dem Markte mit dem des sozialen Ausgleichs«¹ zusammen.

¹ Alfred MÜLLER-ARMACK, *Soziale Marktwirtschaft*, in: *Handwörterbuch der Sozialwissenschaften*, Band 9, Tübingen 1956, S. 390-392.

Von Rieger konnte Erhard auch die Bedeutung der unternehmerisch tätigen und risikobereiten Menschen lernen, ohne die keine Arbeitsteilung zustande kommt. Erhards Folgerung daraus: Gute Rahmenbedingungen für Investitionen und privatwirtschaftliches Engagement bilden die Grundlage für Arbeitsplätze und gehören somit zu den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft. Und: Die Soziale Marktwirtschaft ordnet dem Unternehmer eine hervorragende Funktion zu, »weil sie seiner Schaffenskraft, seinem Einfallsreichtum und seiner Risikobereitschaft vertraut«².

Franz Oppenheimer

An der Universität Frankfurt wurde Franz Oppenheimer zu einer wichtigen Wegmarke für Erhard. Bei Oppenheimer lernte Erhard die Bedeutung der Freiheit als oberstes gesellschaftliches Ziel. Erhard gebrauchte selbst bei vielen späteren Gelegenheiten die Wendung Oppenheimers von der »Gesellschaft der Freien und Gleichen«³. Zum Schutz der Freiheit bedarf es der staatlichen Ordnung; Freiheit und Ordnung, Freiheit und Verantwortung sind in der Sozialen Marktwirtschaft jeweils zwei Seiten einer Medaille.

Die freiheitliche Ordnung erfordert das Prinzip der Subsidiarität. Mit diesem Prinzip wird das Verhältnis zwischen Individuum und Staat definiert: Weniger die Entwicklung zum Versorgungsstaat mit umfassender staatlicher Garantie der materiellen Sicherheit, als vielmehr die auf individueller Verantwortung und Risikoabwägung beruhende Wettbewerbsordnung der Sozialen Marktwirtschaft wird langfristig die Herausforderungen der internationalen arbeitsteiligen Welt meistern.

Wilhelm Vershofen

Als Assistent am Nürnberger Institut für Wirtschaftsbeobachtung gehörte Erhard ab 1928 zum Mitarbeiterstamm von Wilhelm Vershofen, der als Pionier der Marktforschung in Deutschland gilt. Erhards Hauptforschungsgebiete waren die Konsum- und Marktforschung sowie die Wirtschafts- und Währungspolitik der Reichsregierung.

² Ludwig ERHARD, *Lehren der Geschichte. Ansprache auf dem 11. CDU-Bundesparteitag in Dortmund*, 4. Juni 1962, in: Ludwig ERHARD, *Gedanken aus fünf Jahrzehnten*, hrsg. v. Karl HOMANN, Düsseldorf-Wien-New York 1988, S. 743-760.

³ Ludwig ERHARD, *Franz Oppenheimer, dem Lehrer und Freund. Rede zu Oppenheimers 100. Geburtstag in der Freien Universität Berlin*, 30. April 1964, in: K. HOMANN (wie Anm. 2), S. 858-864.

Aus diesen Jahren – insbesondere 1929-1932 –, die durch Wirtschaftskrisen, Inflation und Arbeitslosigkeit traurige Rekorde aufstellten, sind eine Reihe von Aufsätzen von Erhard zur Bewältigung der Krisen überliefert.⁴ Die beiden Inflationen im Jahre 1923 und 1929 ließen Erhard die Notwendigkeit von Geldwertstabilität hautnah erleben: Die Inflation führte nämlich dazu, daß der elterliche Textilhandel aufgrund von Zahlungsschwierigkeiten aufgegeben werden mußte.

Auch Wilhelm Vershofen gehört zu den Lehrern von Erhard. Durch ihn erkannte Erhard die Bedeutung psychologischer Elemente in der Wirtschaftspolitik. Damit gelang es Erhard, die Menschen in direkter Ansprache mitzureißen, seine Sachkenntnis, Glaubwürdigkeit, Aufrichtigkeit sowie seine optimistische Grundeinstellung ließen ihn im Werben für seine (wirtschafts-)politischen Zielsetzungen erfolgreich sein. Erhards Seelenmassage und seine Maßhalte-Appelle werden auch heute noch gerne aufgegriffen. Darüber hinaus betonte Vershofen die Gefahren für Gesellschaft und Staat, die von Marktfraktionen, wie der Arbeitslosigkeit, ausgehen. Er plädierte für gegebenenfalls notwendige Anpassungsinterventionen, die bei Alexander Rüstow als »liberaler Interventionismus« bezeichnet werden. Folgerichtig wollte Ludwig Erhard durch seine Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung »nicht die freie Marktwirtschaft des liberalistischen Freibeutertums einer vergangenen Ära, auch nicht »das freie Spiel der Kräfte« und dergleichen Phrasen« verwirklichen, »sondern die sozial verpflichtete Marktwirtschaft, die das einzelne Individuum wieder zur Geltung kommen läßt, die den Wert der Persönlichkeit obenan stellt und der Leistung dann aber auch den verdienten Ertrag zugute kommen läßt.«⁵

1942 gründete Ludwig Erhard eine eigene Forschungsstätte, das »Institut für Industrieforschung«. Hier verfaßte er 1943/44 seine wohl wichtigste wissenschaftliche Arbeit, seine Denkschrift »Kriegsfinanzierung und Schuldenkonsolidierung«⁶. Diese stellt die theoretischen Weichen für den Übergang Deutschlands von einer Kriegs- in eine Friedenswirtschaft – und liest sich in weiten Teilen auch noch heute als politische Handlungsanleitung:

- Im Mittelpunkt steht die Sanierung der öffentlichen Finanzen in Form einer Schuldenkonsolidierung durch die Ausschaltung der überschüssigen Kaufkraft.
- Nur geordnete staatliche Finanzen in Form eines ausgeglichenen staat-

4 So zum Beispiel »*Ein Notweg*« 1931; »*Wirtschaftsbelebung von der Verbraucherseite*« 1932, abgedruckt in: K. HOHMANN (wie Anm. 2), S. 21-29; S. 37-42.

5 Ludwig ERHARD, *Marktwirtschaft im Streit der Meinungen*. Rede vor dem 2. Parteikongreß der CDU der britischen Zone, Recklinghausen, 28. August 1948, in: K. HOMANN (wie Anm. 2), S. 134-151.

6 Ludwig ERHARD, *Kriegsfinanzierung und Schuldenkonsolidierung*. Faksimiledruck der Denkschrift von 1943/44. Mit Vorbemerkungen von Ludwig Erhard, Theodor Eschenburg, Günter Schmolders, Frankfurt a.M.-Berlin-Wien 1977.

lichen Haushalts ermöglichen Vertrauen der privaten Wirtschaft in die finanzwirtschaftliche Ordnung.

- Einerseits müssen die Unternehmer aus den Fesseln der staatlichen Bevormundung befreit und das übermächtige Bedürfnis nach privater und individueller Lebensgestaltung befriedigt werden. Andererseits ist es Aufgabe der »Wirtschaft selbst, Mittel und Wege zu finden, um durch die Erstellung eines neuen Sozialprodukts dem deutschen Volke wieder eine neue Lebensgrundlage zu eröffnen«⁷.
- Dem übermächtigen Bedürfnis nach privater und individueller Lebensgestaltung muß durch Befreiung von staatlicher Bevormundung entsprochen werden.
- Erhard betonte das Recht der Menschen auf »Wahrheit und Klarheit« in der Wirtschaftspolitik sowie die strikte Begrenzung der staatlichen Aufgaben, ohne jedoch an eine rein ökonomische Verselbständigung der Wirtschaft zu denken.

Die in der Denkschrift vorgelegten Ausführungen haben – wie Günter Schmolders später schreibt – »viele von dem vorweggenommen, was nach der totalen Niederlage, dem staatlichen Zusammenbruch des Hitlerreiches und den Besatzungsjahren an staatlicher und wirtschaftlicher Neuordnung, Lastenausgleich und Kriegsschuldenkonsolidierung (oder leider doch Schuldenannulierung) in den schmerzlichen Geburtswehen einer neuen Demokratie mühselig genug zustande kam. Bedeutsamer als die praktischen Vorschläge und Überlegungen des Gutachtens sind aber die aus vielen seiner Begründungen und häufig auch zwischen den Zeilen erkennbar werdenden Grundsätze, die dem Neuaufbau nach dem Kriege zugrunde gelegt werden sollten und zu deren Verwirklichung, wie der Gang der Geschichte es gefügt hat, Ludwig Erhard selbst berufen werden sollte.«⁸

Andere Schulen

In Erhards Forschungsergebnisse und die politische Gestaltung der Sozialen Marktwirtschaft fanden auch Theorien und Konzepte Eingang, die in anderen Schulen oder Institutionen erarbeitet worden waren. Als wichtigste geistige Quelle der marktwirtschaftlichen Ordnung gilt die Freiburger Schule um Walter Eucken. Sie gehört zu den nationalökonomischen Kreisen, die sich bereits im Untergrund der Nachkriegsordnung zuwandten. Eucken und seine Mitstreiter Franz Böhm, Leonhard Miksch und Hans Großmann-Doerth

⁷ EBD., S. 243 f.

⁸ Günter SCHMOLDERS, *Erhards Denkschrift im Lichte neuer Dokumente über die Kriegsfinanzierung 1933-45*, in: L. ERHARD, *Kriegsfinanzierung und Schuldenkonsolidierung* (wie Anm. 6), S. XXXII.

setzten mit ihrer Betonung des Wettbewerbsgedankens einen neuen Akzent für das Verhältnis von Wirtschaft und Staat. Das bleibende Verdienst von Walter Eucken ist seine Ausformung einer Wettbewerbsordnung mit den konstituierenden und regulierenden Prinzipien⁹:

- Privateigentum und entsprechende Haftungsregelungen;
- Vertragsfreiheit;
- konvertibles und stabiles Geld;
- freie Preisbildung;
- offene Märkte;
- aktive Wettbewerbspolitik;
- Konstanz der Wirtschaftspolitik.

Ebenso fundamental waren Euckens Erkenntnisse über die »Interdependenz der Ordnungen«, die sich bei Erhard durch den engen Zusammenhang von Wirtschafts- und Sozialpolitik und der notwendigen Politik »aus einem Guß« widerspiegelt. Dagegen vernachlässigte Euckens Vorliebe für die idealtypische Marktform der vollständigen Konkurrenz zu sehr die Realität mit ihrer hohen Dynamik. Gerade die Dynamik technologischer Entwicklungen, internationaler Arbeitsteilung und globalen Handels sind Voraussetzungen des Hayekschen »Entdeckungsverfahrens« und der Schumpeterschen »schöpferischen Zerstörung«.

Als weitere Mitstreiter für die Soziale Marktwirtschaft sind neben Wilhelm Röpke, Alexander Rüstow und Fritz Neumark insbesondere Alfred Müller-Armack zu nennen. Müller-Armack, gemeinhin als Erfinder des Begriffes »Soziale Marktwirtschaft« bezeichnet, hat die ordoliberalen Theorie und Gedanken der philosophischen Anthropologie und der christlichen Soziallehre erweitert. Ihm ist zudem die Idee von der Marktwirtschaft als Instrument und Zielsetzung der staatlichen Einflußnahme auf die Marktergebnisse zu verdanken. Die marktwirtschaftliche Ordnung bedeutet für ihn keine Vollautomatik. Müller-Armack spricht vom Halbautomaten, der sinnvoller Bedienung bedarf. Dazu gehört ein starker Staat, um ordnungspolitische Vorgaben durchzusetzen.

Auch für Erhard bedeutete Soziale Marktwirtschaft nie Marktwirtschaft pur, nie Marktwirtschaft ohne staatliche Verantwortung oder Laissez-faire-Politik. Erhard war bewußt, daß die Ordnungskraft des Wettbewerbs allein im absoluten Sinne noch nicht eine gerechte und verschiedene Interessen genügend ausgleichende Wirtschafts- und Sozialordnung gewährleiste: »Das Postulat der sozialen Gerechtigkeit und die Sicherheit politisch stabiler Verhältnisse erfordern und rechtfertigen auch in der Marktwirtschaft gezielte staatliche Interventionen.« Zugleich betont Erhard jedoch, daß die gezielten

⁹ Vgl. Walter EUCKEN, *Grundsätze der Wirtschaftspolitik*, Bern-Tübingen 1952, S. 254-304.

staatlichen Eingriffe dort ihre äußerste Grenze finden, »wo die Funktionsfähigkeit der marktwirtschaftlichen Ordnung und die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft in ihrer Gesamtheit gefährdet werden«¹⁰. Somit müssen sich die intervenierenden (Wirtschafts-)Politiker stets ihrer ordnungspolitischen Sünden bewußt sein.

Um aber nicht Interventionisten aller Parteien Vorschub zu leisten, sei betont: In der Sozialen Marktwirtschaft kommt der Ordnungspolitik Priorität zu, ebenso den Prinzipien von Subsidiarität und Eigenverantwortung. »Sozial« im Erhardschen Verständnis heißt dabei: Unsere Ordnung bedeutet eine wettbewerbliche Marktwirtschaft, in der persönliche Freiheit und Verantwortung in Verbindung mit den staatlichen Rahmenregeln eine Ordnung schaffen, die effizientes Wirtschaften und soziale Zwecke primär aus dem System heraus ermöglicht. Hier ist nicht die Gelegenheit, die teilweise feingliedrigen Unterschiede in den Auffassungen der sogenannten »Väter der Sozialen Marktwirtschaft« – beispielsweise über die Rolle der Konjunkturpolitik – zu diskutieren. Wichtig bleibt deshalb festzuhalten: (1.) Soziale Marktwirtschaft beruht auf verschiedenen geistigen Grundlagen und Strömungen. (2.) Ludwig Erhard kommt das Verdienst zu, diese unterschiedlichen Strömungen mit eigenen Erkenntnissen harmonisch zusammengefügt und (3.) in die Praxis umgesetzt zu haben.

Bedingungen und Anfänge politischer Umsetzung

Damit verbunden ist gleichwohl die Feststellung, daß die Bundesrepublik Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg mehrfaches Glück bei der Etablierung der demokratischen, rechtsstaatlichen, marktwirtschaftlichen und sozialen Ordnung hatte:

Erstens bildeten die Westalliierten mit ihrer Politik die Flankierung der neuen Ordnung. Zweitens lagen bereits während des Krieges im Untergrund und Exil Ideen für eine Nachkriegsordnung bereit. Im Vordergrund stand dabei der Aufbau einer freiheitlichen, dem Wettbewerb und sozialen Ausgleich verpflichteten Ordnung, bei der dem einzelnen Vorrang vor staatlicher Bevormundung zukommen sollte. Drittens gelang es durch die Person Ludwig Erhards in der Funktion des Direktors der Verwaltung für Wirtschaft der Bizone, die neue Ordnung in die Praxis umzusetzen. Ludwig Erhard hob nämlich, wie Karl Schiller es formulierte, im »Handstreichverfahren« mit der Währungsreform den größten Teil der Preis- und Bewirtschaftungsvorschriften auf und legte damit den Grundstein für unternehmerisches Wirtschaften. Dies geschah mit Mut und Charisma gegen den Widerstand

¹⁰ Ludwig ERHARD, *Wirtschaft und Wirtschaftsordnung in der modernen Politik*. Beitrag zur Festschrift für Jacques Rueff, 6. Juni 1966, in: K. HOMANN (wie Anm. 2), S. 1013-1020.

großer Bevölkerungsteile, der veröffentlichten Meinung, der SPD und gegen Teile der CDU. Viertens ergänzten sich, bei allen Gegensätzlichkeiten zwischen beiden Persönlichkeiten, Adenauer und Erhard in idealer Weise. Und schließlich fünftens bildete das Grundgesetz mit Grundrechten, Vertrags- und Koalitionsfreiheit, Gewährleistung des Privateigentums, rechts- und sozialstaatlichen Regeln und föderalem Aufbau die verfassungsrechtliche Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft.

Bis es soweit war, lag es jedoch zuerst an Ludwig Erhard, für seine Ideen eine politische Mehrheit zu finden. Konrad Adenauer, Vorsitzender der CDU in der britischen Zone, hatte Erhard zum zweiten Parteitag der CDU im August 1948 eingeladen. Bis dahin liebäugelte die CDU in ihrem Ahlener Programm mit den Forderungen nach Planung und Lenkung der Wirtschaft und nach Vergesellschaftung der Montanindustrie, vertraute also auf »halbsozialistische« Instrumente. Erhard erhielt auf dem Parteitag das notwendige Forum, um für eine marktwirtschaftliche Ordnung zu werben.

Schließlich wurde Erhards Referat vor dem Zonenausschuß der CDU im Februar 1949 in Königswinter von Adenauer kurzerhand zum CDU-Wirtschaftsprogramm für die anstehende Bundestagswahl als Düsseldorfer Leitsätze umfirmiert – und damit begann die erfolgreiche, jedoch auch spannungsreiche Zusammenarbeit zwischen Adenauer und Erhard sowie zwischen Erhard und »seiner« Partei.

Leider will sich diese Partei vom Markennamen in ihrem Programm verabschieden und hat die Formel der »Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft« in ihr Programm aufgenommen. Ich habe stets versucht zu erklären, daß sich im Begriff der Sozialen Marktwirtschaft bereits die Interdependenz von Ökonomie und Ökologie ausdrückt. Soziale Marktwirtschaft enthält nämlich die Gestaltung der Rahmenordnung, damit aus der reinen Marktwirtschaft eine funktionsfähige und menschenwürdige Ordnung wird – und dazu gehört integral die Bewahrung der ökologischen Lebensgrundlagen. Inzwischen scheint diese Sichtweise auch in der Union wieder die Oberhand zu gewinnen; Helmut Kohl und Wolfgang Schäuble jedenfalls sprechen nur von Sozialer Marktwirtschaft.

Die »formierte Gesellschaft«

In den 60er Jahren entwickelte Erhard mit der »formierten Gesellschaft«¹¹ ein neues gesellschaftliches Leitbild für unsere Ordnung. Sie sollte Einzel- und Gruppeninteressen mit einem wachsenden Bewußtsein für das

¹¹ Ludwig ERHARD, *Formierte Gesellschaft*, Rede vor dem 13. Bundesparteitag der CDU, Düsseldorf, 31. März 1965, in K. HOMANN (wie Anm. 2), S. 915-927.

Gemeinwohl und die wechselseitige Abhängigkeit und Zusammengehörigkeit aller Gruppen verbinden.

Daß die Konzeption der »formierten Gesellschaft« mit dem Rücktritt Erhards aus der öffentlichen Diskussion verschwand, mag verschiedene Ursachen haben: Der Begriff »formiert« war unglücklich gewählt. Assoziationen zu Uniformität ließen nicht lange auf sich warten. Als Leiter der Grundsatzabteilung habe ich von diesem Begriff abgeraten und zusammen mit meinem damaligen Hilfsreferenten Hans Tietmeyer ein Papier vorgelegt, mit dem Erhards Ideen zu einem »wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Dialog« konkretisiert werden sollten. Dies hat Karl Schiller dann mit seiner »Konzertierten Aktion« aufgegriffen. Der Zeitpunkt der Vorstellung der Gesellschaftskonzeption war unglücklich gewählt. Ein halbes Jahr vor der Bundestagswahl konnte eine Diskussion in der notwendigen Ernsthaftigkeit und Sachlichkeit nicht geführt werden. Trotzdem: Das gesellschaftliche Leitbild Erhards ist aktueller denn je. Kritik an kurzfristig in Wahlfristen denkenden Politikern, Kritik an dem übergroßen Einfluß von Interessenverbänden sowie die vielzitierte Politik-, Parteien- bzw. Politikerverdrossenheit deuten auf einen Mangel an Allgemeinwohl-Orientierung in der Gesellschaft hin.

Währungsreform und »Wirtschaftswunder«

Auf der bereits kurz umrissenen wissenschaftlichen Grundlage gelang Erhard die politische Gestaltung der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland. Mit seiner mutigen Entscheidung der güterwirtschaftlichen Absicherung der Währungsreform durch die Wirtschaftsliberalisierung im Juni 1948 führte er letztlich auch die neue Währung zum Erfolg und schuf die Grundlage für »Wohlstand für alle«¹². Denn die marktwirtschaftlichen Kräfte wurden entfesselt und Wettbewerb und Leistungsstreben entfacht. Dies führte zum »deutschen Wirtschaftswunder« mit hohen Wachstumsraten, zunehmender Beschäftigung und sinkender Arbeitslosigkeit, Preisniveaustabilität sowie steigenden Reallöhnen, und Erhard wurde zum »Vater des Wirtschaftswunders«.

Der Begriff des »Wirtschaftswunders« ist insofern mißverständlich, als es sich bei der erfreulichen Entwicklung Westdeutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg nicht um Zufall oder ein göttliches Geschenk handelte. Vielmehr waren es in erster Linie die konsequente Verwirklichung der Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft und der Ausbau der Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung in der Bundesrepublik zur Sozialen Marktwirtschaft, die kontinuierlich zum Erfolg führten. Ihre Ordnungsideen – der politisch und

¹² Ludwig ERHARD, *Wohlstand für alle*, Düsseldorf-Wien 1957.

wirtschaftlich mündige Bürger, die Freiheit und Eigenverantwortlichkeit des einzelnen sowie die Verantwortung des Staates für eine funktionsfähige Rahmenordnung – sind die Garanten für die Bewältigung neuer Herausforderungen.

Mit der Währungs- und Wirtschaftsreform war die Grundentscheidung für die Soziale Marktwirtschaft getroffen, der weitere Ausbau schritt zügig voran. Ludwig Erhard hielt offensiv – man ist geneigt zu sagen: in seiner barocken Starrköpfigkeit – an den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft fest, auch in noch so großer Bedrängnis wie dem 24stündigen Generalstreik im November 1948 oder der Koreakrise. Ich beschränke mich auf die wichtigsten Stationen des Ausbaus.

Steuern und Arbeitsplätze

Voraussetzung für neue Arbeitsplätze sind Investitionen. Gute steuerliche Rahmenbedingungen für Investitionen und privatwirtschaftliches Engagement zählen somit zu den Bedingungen der Sozialen Marktwirtschaft. Eine stufenweise durchgeführte Steuerreform ab 1948 senkte die Steuerbelastung des Einkommens ab und schuf Steuerbefreiungen bei bestimmten Arten der Kapitalbildung. Dadurch wurden neue Impulse und positive Anreize für Unternehmer gegeben. Zur Größenordnung: Der Spitzensteuersatz wurde bei der Einkommensteuer bis 1958 von 80 auf 53 Prozent verringert. Etzels Steuerreform von 1958 verdient ebenso wie die Stoltenbergischen Reformen in den 80er Jahren den Titel »Große Steuerreform«!

Es wurde nämlich bedacht, daß das Steuerrecht der Besteuerung nach persönlicher Leistungsfähigkeit gerecht werden muß. Der Spitzensteuersatz ist Ausweis des Staates für seinen Umgang mit Leistungsträgern. Am unteren Ende erleichtert ein niedriger Einstiegstarif den Übergang aus dem Transfersystem in eine Beschäftigung und sichert den nötigen Abstand zur Sozialhilfe. Eine halbherzige Steuerreform hätte vielleicht partiell Verbesserungen gebracht; die Vereinfachung des Steuersystems, das Zurückdrängen der »Privilegien-Lobby«, die nachhaltige Stärkung der Leistungsbereitschaft der Bürger und der Investitionstätigkeit der Unternehmer lassen sich damit aber nicht erreichen.

Eine »Gesellschaft von Teilhabern«

Die Reduzierung der Steuerbelastung enthält gleichzeitig die von Ludwig Erhard stets angemahnte Begrenzung von staatlichen Auf- und Ausgaben und damit der Stärkung der individuellen Verantwortlichkeit. Konsequenter verfolgte er deshalb zusammen mit dem »Vater der Volksaktie«, Hermann

Lindrath, die Privatisierung von Preussag 1959 und die Teilprivatisierungen von VW und Veba 1961 und 1965.

Ludwig Erhard hat mit den Privatisierungen und den Volksaktien-Maßnahmen zwar die Grundlagen für eine breite Aktienkultur in Deutschland gelegt. Durchschlagender Erfolg war ihr jedoch nicht beschieden. Inzwischen stehen die Zeichen in Bonn – auch vor dem Hintergrund der Telekom-Emission 1996 – auf Vorfahrt für die Aktien, wenn selbst das Wirtschaftsmagazin *Capital* schreibt: »Aktionäre hört die Signale. Das Aschenputtel-Dasein ist zu Ende.« Deutschland hat also die Chance, das Motto Ludwig Erhards und Alfred Müller-Armacks zu verwirklichen, eine »Gesellschaft von Teilhabern«¹³ entstehen zu lassen – zwar verspätet, aber immerhin.

Sicherung des Wettbewerbs

Die Sicherung der Wettbewerbsfreiheit obliegt in der Sozialen Marktwirtschaft einem starken Staat. Es dauerte bis 1957, bis das »Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen« (GWB) verabschiedet werden konnte. Für Erhard war es eines der wichtigsten Gesetze auf innenpolitischem Gebiet und ihm ein Herzensanliegen, das man auf die Kurzformel bringen kann: »Lebendiger Wettbewerb dient dem Verbraucher«¹⁴.

Die teilweise sehr heftig geführten Diskussionen spitzten sich in den Positionen zu: absolutes Kartellverbot oder bloßes Mißbrauchsprinzip. Der erste Gesetzesentwurf aus dem Wirtschaftsministerium sah noch ein absolutes Kartellverbot sowie durchgreifende Maßnahmen gegen wirtschaftliche Machtkonzentrationen mit harten Sanktionen vor. Er ließ sich politisch nicht durchsetzen. Das GWB als »Grundgesetz der Marktwirtschaft« wurde schließlich zwar mit einem grundsätzlichen Kartellverbot, aber einschließlich institutionalisierter Ausnahmebereiche verabschiedet. Damit wurde von der idealtypischen ordoliberalen Vorstellung der vollständigen Konkurrenz zugunsten realistischerer Annahmen abgewichen. Und es wurde, wie Franz Böhm formulierte, »das erreichbare Optimum von Wettbewerb und das erreichbare Minimum von wirtschaftlicher Macht gesichert«¹⁵.

Momentan ist es um die 6. GWB-Novelle ruhig geworden. Sie ist notwendig aufgrund der veränderten Bedingungen des europäischen und des globalen Marktes wie auch bezüglich der Ausnahmetatbestände. Jedoch habe

13 Ludwig ERHARD/Alfred MÜLLER-ARMACK, *Soziale Marktwirtschaft. Manifest* '72, Frankfurt a.M.-Berlin-Wien 1972, S. 336.

14 Karl Christian BEHRENS, *Vom Verbraucher*, in: Erwin von BECKERATH/Fritz W. MEYER/Alfred MÜLLER-ARMACK, *Wirtschaftsfragen der freien Welt. Zum 60. Geburtstag von Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard*, Frankfurt a.M. 1957, S. 209-223.

15 Franz BÖHM, Rede vor dem Deutschen Bundestag, in: *Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenograph. Berichte*, Bd. 38, S. 13249 ff.

ich stets ausgeführt, daß sie nicht übereilt beraten und beschlossen werden sollte, weshalb ich auch den Zeithorizont »6. GWB-Novelle 2000« angepeilt habe.¹⁶

Die Rentenreform 1957

1997 wird der 100. Geburtstag von Ludwig Erhard gefeiert, 1997 begeht die lohnbezogene dynamische Rente ihren 40. Geburtstag. Das Rentenreformgesetz des Jahres 1957 führte die dynamische und lohnbezogene Rente auf der Grundlage des Umlageverfahrens ein. Die Rente war fortan nicht mehr Zuschuß zum Lebensunterhalt, sie wurde zum Lohnersatz, und die Rentner konnten am »Wohlstand für alle« teilhaben. Beides: Erhards Formel »Wohlstand für alle« und die Rentenreform waren ausschlaggebend für die absolute Mehrheit der CDU/CSU in der Bundestagswahl 1957.

Ludwig Erhard stimmte dieser Reform nach anfänglichem Zögern grundsätzlich zu – ich habe daran auch einen gewissen Anteil gehabt. Erhard forderte aber ein »Drei-Säulen-Konzept« für die Sicherung im Alter, insbesondere Freiraum für ergänzende Selbstvorsorge. Mit seiner Forderung, die laufenden Renten statt an die Brutto- an die Nettoentwicklung der Löhne anzupassen, konnte sich Erhard nicht durchsetzen. Erst die Rentenreform 1992 bestätigte ihn in seiner damaligen Einschätzung. Doch er konnte immerhin erreichen, daß in die Anpassungsvorschriften eine »Notbremse« eingebaut wurde: »Die Anpassung hat der Entwicklung und der Produktivität sowie den Veränderungen des Volkseinkommens je Erwerbstätigen Rechnung zu tragen.« Verhängnisvoll war, daß diese Notbremse zu selten gezogen wurde; noch verhängnisvoller ist, daß die Rentenversicherung im Laufe der Jahrzehnte und erneut bei der Einheit Deutschlands ständig ausgebaut und mit versicherungsfremden Leistungen »angereichert« wurde.

Gerade die Absicherung der Menschen im Alter benötigt aber bereits frühzeitig die notwendigen Weichenstellungen. Der Devise Erhards von »Wahrheit und Klarheit« in der Politik kommt gerade hier besondere Bedeutung zu. Der jungen Erwerbsgeneration muß nämlich frühzeitig erklärt werden, daß es einer höheren privaten Eigenvorsorge bedarf, die Rentnergeneration darf nicht verunsichert werden.

Subsidiarität und soziale Sicherung

Angesichts der Rentenreformdebatte 1956/57 formulierte Erhard: »Es ist notwendig, daß das Subsidiaritätsprinzip als eines der wichtigsten Ord-

¹⁶ Otto SCHLECHT, *Erneuerte Soziale Marktwirtschaft statt Regulierungs- und Versorgungsstaat*, aus der Reihe Vorträge und Aufsätze des Walter Eucken Instituts, Tübingen 1996, S. 29.

nungsprinzipien für die soziale Sicherung anerkannt und der Selbsthilfe und Eigenvorsorge soweit wie möglich Vorrang eingeräumt wird. Der staatliche Zwangsschutz hat demnach dort haltzumachen, wo der einzelne und seine Familie noch in der Lage sind, selbstverantwortlich und individuell Vorsorge zu treffen.«¹⁷

Was Ludwig Erhard bezüglich der Rente aussprach, gilt für die sozialen Sicherungssysteme insgesamt und ist gleichsam der Schlüssel zur Erhaltung der sozialen Sicherung in Deutschland. Das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft beruht auf der Freiheit des Individuums. Das Individuum handelt somit aus eigenem Antrieb und muß – dies gehört zur Freiheit! – zuerst selbst Vorsorge gegen Wechselfälle des Lebens treffen. Diese auf dem Subsidiaritätsprinzip fußende Gestaltung wird ergänzt um das Solidaritätsprinzip – die Betonung liegt auf »ergänzt«. Denn die kollektive Sicherung darf nur einsetzen, wenn die Leistungsfähigkeit des einzelnen nicht ausreicht oder er durch Wechselfälle des Lebens überfordert ist.

Leider erhielt das Subsidiaritätsprinzip keine Priorität. So gelang es zum Beispiel Theo Blank nicht, im Bereich der Krankenversicherung Leistungsverbesserungen mit einer Selbstbeteiligung – damals in der Höhe von 1,50 DM für jeden Arztbesuch – zu versehen. Dies hat sich durch die Kostenexplosion im Gesundheitswesen als verhängnisvoller Fehler herausgestellt.

Geldwertstabilität

Neben den Geburtstagsfeierlichkeiten für Ludwig Erhard ist 1997 auch unserer Notenbank zum 40. Geburtstag und im nächsten Jahr der D-Mark zum 50. Jahrestag zu gratulieren. Die Bank deutscher Länder sowie die Deutsche Bundesbank fühlten sich nicht zuletzt aus historischen Erfahrungen der Geldwertstabilität in besonderem Maße verpflichtet. Mit dem Gesetz über die Deutsche Bundesbank erhielt die Geldwertstabilität als integraler Bestandteil der Sozialen Marktwirtschaft gesetzliche Absicherung. Bei der heutigen Hochschätzung der Bundesbank ist daran zu erinnern, daß es dreier Anläufe Erhards bedurfte, die Unabhängigkeit gegen Widerstände durchzusetzen. Nicht zuletzt Bundeskanzler Konrad Adenauer stand der Unabhängigkeit der Deutschen Bundesbank aus politischen Gründen skeptisch gegenüber.

Mit dem Vertrag von Maastricht, dem Aufbau der Europäischen Zentralbank nach deutschen Maßstäben sowie dem inzwischen vereinbarten »Stabilitäts- und Wachstumspakt« sind die Weichen für die geldpolitische Stabilität der EU gelegt – entsprechend der Grundlage der Erhardschen

¹⁷ Ludwig ERHARD, »Selbstverantwortliche Vorsorge für die sozialen Lebensrisiken«, Versicherungswirtschaft, Januar 1956, in: K. HOMANN (wie Anm. 2), S. 461-465.

Politik. Damit finden D-Mark und Deutsche Bundesbank in der Europäischen Union würdige Nachfolger bzw. Nachahmer. Gleichwohl muß sich der Euro das Vertrauen, das die Bevölkerung mit der D-Mark verbindet, erst erarbeiten. Erhard jedenfalls betonte wiederholt, daß eine Verwirklichung der europäischen Integration ohne entsprechenden Widerhall in der Öffentlichkeit nicht gelingen könne.

Auf der Zielgeraden bis 1999 muß mit ordnungspolitischen Argusaugen darauf geachtet werden, daß die Erfolgsbedingungen eingehalten werden. Verantwortbar und erfolgreich wird die Europäische Währungsunion nämlich nur als marktwirtschaftliche Stabilitätsgemeinschaft sein.

Tarifautonomie

Zur Sozialen Marktwirtschaft gehört eine funktionsfähige Tarifautonomie. Mit der Gründung der Dachorganisationen der Arbeitgeber sowie des Deutschen Gewerkschaftsbundes 1949 wurden die Weichen für die im Grundgesetz verankerte Tarifautonomie gelegt. Die zurückhaltende Tarifpolitik war eine entscheidende Voraussetzung für den raschen Wiederaufstieg der Bundesrepublik Deutschland. Auch die Selbstbeschränkung des Staates nach dem Subsidiaritätsprinzip war Voraussetzung dafür: Der Staat umreißt mit seinen Gesetzen den Rahmen, die Tarifpartner füllen ihn konkret aus.

Globalisierung und Flexibilisierung der Märkte erfordern inzwischen Subsidiarität »im doppelten Verständnis«: Einerseits erhalten die Tarifvertragsparteien durch die staatliche Selbstbeschränkung weitgehenden Spielraum für tarifpolitische Entscheidungen. Andererseits müssen die Tarifverträge auf betriebliche, regionale und ausbildungsbezogene Besonderheiten Rücksicht nehmen und den Betrieben größere Regelungsfreiheiten geben.

Ordnungspolitik

Wie bereits ausgeführt, bedeutete für Ludwig Erhard Soziale Marktwirtschaft nie Laissez-faire-Politik. So schufen Wohnungsbaugesetze notwendigen Wohnraum, das Investitionshilfe- und Kapitalmarktförderungsgesetz aus dem Jahre 1952 aktivierte Investitionen und regte das private Sparen an, die Förderung der privaten Vermögensbildung wurde staatlich unterstützt und 1954 mit der Zahlung von Kindergeld begonnen. Staatliche Verantwortung zur Erzielung von »Wohlstand für alle« war für Erhard legitim. Er formulierte: »Soziale Marktwirtschaft« soll also besagen, daß der Staat nicht nur die Aufgabe, sondern sogar die Verpflichtung hat, der Wirtschaft bestimmte, politisch gewollte Maximen zu setzen und das weitgespannte Instrumentarium der Wirtschaftspolitik so zu handhaben, daß die freien

Entscheidungen der wirtschaftenden Menschen aller Kategorien gleichwohl zu dem gewollten Effekt hinführen.«¹⁸ Aber für Ludwig Erhard behielt dennoch Ordnungspolitik Priorität, und er war sich andererseits stets der Sünden der Regierung wider die Ordnungspolitik bewußt.¹⁹

Soziale Marktwirtschaft in der Weltwirtschaft

Soziale Marktwirtschaft fordert nicht nur Freiheit und Wettbewerb im Innenverhältnis. Freier Außenhandel und Währungskonvertibilität, offene Märkte und die arbeitsteilige Verschmelzung der Märkte sind konstitutive Elemente der Sozialen Marktwirtschaft. Erhard betrieb folgerichtig konsequent die Eingliederung in die Weltwirtschaft durch die schrittweise Liberalisierung des Außenhandels und die Einführung der freien Konvertierbarkeit der Deutschen Mark am 29. Dezember 1958.

In der Frage des Wechselkurses der D-Mark kam es innerhalb der Regierungskoalition mehrmals zu Differenzen, die sich auch in den Personen Adenauers und Erhards festmachen ließen. Erinnert sei in diesem Zusammenhang nur an die Aufwertungsdebatte 1959/62.

Während Konrad Adenauer für seine Ziele bereit war, auch ordnungspolitische Positionen zu räumen, warnte Erhard stets auch vor falschen Wegen bei der europäischen Einigung: Symptomatisch war der Streit zwischen »Institutionalisten« und »Funktionalisten«. Erstere, unter ihnen Adenauer, versuchten durch die Schaffung von supranationalen Organen mit entsprechender Kompetenz die Integration voranzubringen. Demgegenüber wollten die »Funktionalisten« um Erhard die Integration über das Zusammenwachsen der Märkte erfolgen lassen.

Der deutschen Seite um Erhard gelang einerseits die Verankerung des freien Waren-, Kapital-, Dienstleistungs- und Personenverkehrs, der Wettbewerbs- und Niederlassungsfreiheit in den Römischen Verträgen. Andererseits wurde die spätere Öffnung der Europäischen Gemeinschaft für andere europäische Länder postuliert.

Auf beiden Säulen basieren heute die Europäische Währungs- und Wirtschaftsunion sowie »Erweiterung« und »Vertiefung« der Europäischen Union. An der Schwelle zum 21. Jahrhundert besteht nunmehr die Chance, daß sich die These Adenauers von der politisch-institutionellen Klein-EG und die Antithese Erhards von der großen Freihandelszone aller europäischen Staaten in der Synthese einer erweiterten und vertieften, auf Sozialer Marktwirtschaft fußenden Europäischen Union auflöst.

¹⁸ Ludwig ERHARD, *Der Aufbau Indiens*. Rede vor dem Indian Council of World Affairs, New Delhi, 7. Oktober 1958, in: K. HOMANN (wie Anm. 2), S. 548-555.

¹⁹ Ludwig ERHARD, *Wohlstand für alle*, Düsseldorf-Wien 1957, S. 139 ff.

Entwicklungen nach Erhard

Auf wirtschaftspolitischem Gebiet kam es Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre zu einer Neuorientierung der staatlichen Aufgabe. Die Instrumente der Geld- und Kreditpolitik, verstanden als »Konjunkturpolitik der leichten Hand«, wurden nämlich um die Finanzpolitik als Instrument des »policy mix« sowie der Konzentrierten Aktion als »Tisch der gesellschaftlichen Vernunft« (Karl Schiller) ergänzt. Es wurde von der »Synthese von Freiburger Imperativ und Keynesianischer Botschaft« (Karl Schiller) gesprochen. Als Ludwig Erhard die Regierung verließ, »machte die Große Koalition, die ihm folgte, den Versuch, dieses System technokratischer, planerischer, etatistischer zu machen, den Staat selbst mit ökonomischer Tugend auszustatten. Das Gesetz zur »Förderung von Stabilität und Wachstum in der Wirtschaft« hatte, so schien es, die Chance, ökonomisches Grundgesetz der Bundesrepublik zu werden. Dieser Versuch ist nicht gelungen.«²⁰

Denn nach anfänglichen Erfolgen wurde sehr schnell klar²¹: Allzu stark wurde der »Machbarkeit« makroökonomischer Steuerung vertraut, eine angemessene Dimensionierung und das zeitgerechte Timing stellten ein erhebliches Problem dar, und es wurde zu lange auf den Einsatz einer nachfrageankurbelnden öffentlichen Ausgabenausweitung vertraut. Deshalb traten in den 80er Jahren monetäre Stabilität und die Rückgewinnung marktwirtschaftlicher Rahmenbedingungen wieder in den Vordergrund. Auf dieser Grundlage konnte die deutsche Einheit ohne grundlegende Verwerfungen gelingen.

Fazit

Soweit mein kurzer Parforceritt durch die wissenschaftliche Entwicklung und politische Gestaltung der Sozialen Marktwirtschaft. Heute geht es angesichts von hoher Arbeitslosigkeit, globaler Verflechtungen und Tertiarisierung darum, die Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft Ludwig Erhards zu stärken und strukturelle Reformen durchzuführen. Damit lassen sich die Herausforderungen meistern.

Als Fazit läßt sich festhalten: Niemand kann heute ernsthaft die enorme ordnungspolitische Leistung von Ludwig Erhard und seinen Mitstreitern in Frage stellen. Erhard hat ein freiheitliches Gesellschafts- und Wirtschaftskonzept mitentwickelt und gegen beträchtliche Widerstände beharrlich in

20 Rüdiger ALTMANN, *Wirtschaftspolitik und Staatskunst. Wirkungen Ludwig Erhards. Aus Anlaß seines achtzigsten Geburtstages*, Bonn 1977, S. 26.

21 Otto SCHLECHT, *Grundlagen und Perspektiven der Sozialen Marktwirtschaft*, Tübingen 1990, S. 87-113.

die Realität umgesetzt – und dies in einer Zeit, als in anderen Ländern eine andere wirtschaftspolitische Richtung einschlagen wurde. Helmut Kohl schreibt in der Festschrift der Ludwig-Erhard-Stiftung zum 100. Geburtstag von Ludwig Erhard: »Es war Ludwig Erhard, der in den Aufbaujahren unseres Landes eine Atmosphäre der Ermutigung schuf – eine Atmosphäre, in der sich die schöpferischen Kräfte frei entfalten konnten. Auf diese Erfahrung, die heute noch tief in den Herzen von Millionen Menschen verankert ist, die in Ludwig Erhard ein Symbol der Zuversicht sehen, auf dieses Erbe Ludwig Erhards sollten wir uns gerade heute, auf dem Weg in das 21. Jahrhundert, wieder stärker besinnen.«²²

Als ordnungspolitischer Kommentator aktueller Politik füge ich hinzu: Nicht nur die Besinnung auf Ludwig Erhard ist notwendig, unerlässlich ist das Handeln im Erhardschen Verständnis. Denn die von Helmut Kohl bei Ludwig Erhard gewürdigte »Atmosphäre der Ermutigung« stellt sicherlich eine Voraussetzung für Wahlerfolge dar. Und diese Atmosphäre hängt mit einer konsequenten ordnungs- und reformpolitischen Ausrichtung der Regierungspolitik eng zusammen. Dies sollte der Koalition Ansporn bei ihrer praktischen Politik sein. Nur in diesem Verständnis wird die Soziale Marktwirtschaft in Deutschland nicht Auslaufmodell sein, wie Manfred E. Streit befürchtet, sondern Zukunftsmodell für unsere Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung.

²² Helmut KOHL, Vorwort, in: *Soziale Marktwirtschaft als historische Weichenstellung. Ludwig Erhard. 1897-1997. Eine Festschrift zum hundertsten Geburtstag von Ludwig Erhard*, Düsseldorf 1997, S. IX-XV.